

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	62. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	1. Juli 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 20 der Tagesordnung: Vorbereitende Untersuchungen für den Erlass einer Karlsruher Katzenschutzverordnung

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Tanja Kluth, der Stadträte Michael Borner und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 6. Mai 2014

Vorlage: 2014/0603

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Lassen Sie uns noch ein bisschen über Katzen reden.

(Zurufe: Pause!)

- Nein, gut. Pause.

Stadtrat Borner (zur Geschäftsordnung): Ich weiß, wir haben jetzt 18:00 Uhr. Normalerweise ist jetzt Pausenzeit. Aber oben auf der Tribüne sind heute sehr viele Katzenschützerinnen anwesend, die schon seit 15:30 Uhr ausharren. Ich bitte Sie, dass wir diesen Tagesordnungspunkt noch vorziehen.

Laut einer bundesweiten Statistik lebten im Jahr 2012 mehr als 12 Mio. Katzen in deutschen Haushalten, davon ein großer Teil als so genannte Freigänger, also mit der Möglichkeit, draußen ungehindert herumstreifen zu können. Doch diese Freiheit hat auch ihre Schattenseiten. Viele von ihnen leiden unter Hunger und sterben oft qualvoll an schlimmen Krankheiten und im Winter an Kälte und Nässe. Katzen sind zudem schon nach vier bis sechs Monaten geschlechtsreif und können anschließend zweimal im Jahr

bis zu fünf Junge bekommen, die sich dann ebenso rasant weitervermehren. Eine Kastationsverordnung für bestimmte Gebiete könnte dies verhindern und gleichzeitig die Ansteckungsgefahr für nicht verwilderte Hauskatzen verringern.

Wir sind heute mit der Antwort der Stadtverwaltung sehr zufrieden. Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung dieses Problem erkannt und dem Gemeinderat schon konkrete Vorschläge dargelegt hat. Die Grünen werden gemeinsam mit den Katzenschutzvereinen diese Gespräche an dem von uns beantragten runden Tisch konstruktiv begleiten.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Im April waren Vertreter unserer Fraktion im Rheinhafen vor Ort an einer Katzenfütterstelle und haben sich über die Situation informieren können. Dort haben wir auch den Eindruck gewonnen, dass sehr viel Ehrenamtliches gemacht wird, aber dass dies nicht ausreicht und man schon in Richtung der Katzenschutzverordnung weiter denken und weiter vorbereiten sollte.

Es geht darum, dass das Leid der Katzen vermindert wird, aber auch, dass nicht Zustände herrschen, wo zu viele Katzen auf unserem Gebiet sind und man dann - wie in manchen südeuropäischen Ländern - auch in der Bevölkerung merkt, dass die Katzen überhand genommen haben. Deswegen müssen diese Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen sind, zügig in Angriff genommen werden. Ich halte es für eine gute Idee, was hier eingebracht wurde, dass eine Diplomarbeit erstellt wird. Denn das ist etwas wissenschaftlich Fundiertes. Damit ist es auch nicht politisch zu diskutieren, sondern es wird mit sehr viel Mühe versucht, uns eine vernünftige Grundlage zu schaffen, auf der dann entschieden werden kann, wie weit die Katzenschutzverordnung zu gehen hat, für welche Gebiete dies notwendig ist.

Wir sollten nicht vergessen, dass bereits Vieles getan wird und dass all denen, die sich um den Schutz der Katzen engagieren, unser ganz großer Dank gelten sollte.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Maul (SPD): Als Halter einer nicht frei umherschweifenden Katze fühle ich mich dennoch berufen, im Namen meiner Fraktion Stellung zu nehmen.

Wir begrüßen dieses Anliegen durchaus. Wir finden den Antrag der Grünen sehr in Ordnung. Es wird nicht nur schlicht eine Forderung aufgestellt, sondern auch ein Weg aufgezeigt, wie man zu dem Ergebnis einer Katzenschutzverordnung kommen kann. Das ist alles sehr zu unterstützen. Die Verwaltung hat sich das auch so zu Eigen gemacht.

Allerdings darf man nicht ganz die Augen verschließen vor den rechtlichen Problemen, vor denen man steht. So ganz leicht ist eine Katzenschutzverordnung nicht dargestellt. Das hat die Verwaltung im Einzelnen dargelegt.

Es muss ermittelt und festgestellt werden, dass es doch eine größere Menge Katzen gibt, die in sehr bedrängten Verhältnissen leben. Dann muss weiter festgestellt werden,

ob es nicht einfachere Maßnahmen als diese Verordnung gibt, wie z. B. - was auch schon gemacht wird - die Katzen einzufangen, zu versorgen und sie dann freiwillig zu kastrieren. Insofern ist es ganz gut, dass jetzt jemand beauftragt wird, eine Arbeit zu schreiben, in der das alles dargelegt wird. Wenn diese Arbeit vorliegt, kann man das am runden Tisch erörtern. Dann kann man weitersehen, ob einfache Maßnahmen greifen können und ausreichen, oder ob man eine Katzenschutzverordnung fassen muss. Das kann dann der neue Gemeinderat machen.

Die SPD-Fraktion stimmt jedenfalls diesem Anliegen grundsätzlich zu.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Høyem (FDP): Wir sprechen heute nicht über eine Katzenschutzverordnung, sondern über die Untersuchungen und Vorbereitungen, die Voraussetzung für eine Katzenschutzverordnung sind.

Für uns Liberale sind die Vorbereitungen wichtig, und in sich selber nicht nur ein Weg zum Ziel, sondern hoffentlich in sich selber so wichtig, dass ein eigentliches Gesetz - wie von unseren grünen Kollegen gewünscht - nicht notwendig wird. Kastration und eventuell auch Sterilisation von Wildkatzen ist wahrscheinlich das einzig effiziente Mittel gegen einen unkontrolliert wachsenden Katzenbestand.

Zynische Leute könnten meinen, dass es besser wäre, wilde Katzen zu töten. So eine Haltung birgt ernste, moralisch ethische Probleme und ist auch nicht effizient. Die Futterressourcen sind die eigentliche Begrenzung für die meisten Wildtiere, auch für die Katzen. Für jede getötete Katze gibt es schon einen Nachfolger, der nur auf dieses Gebiet wartet. Deshalb ist die Begrenzung nur die Kastration. Es ist das Ziel, die kastrierten Katzen wieder im eigenen Revier auszusetzen. Mancher könnte meinen, dass Kastration ein unnötiger Eingriff in die Identität dieser Katze ist. Aber wenn man so denkt, hat man wahrscheinlich nicht richtig verstanden, wie viel Schmerzen und Elend die Katzenpopulation erleidet und wie schnell die Population wächst.

Wahrscheinlich wissen die meisten Kollegen, dass Karlsruhe mit unserer Partnerstadt Temeswar in Verhandlung ist, ein Kastrationsprojekt der unglaublich vielen Straßenhunde zu beginnen. Man hat in Temeswar 12.000 und in Bukarest 60.000 Straßenhunde.

Aber die Katzenschutzverordnung beinhaltet noch mehr, nämlich auch die Privathaltung der Katzen. Das erklärt unsere Haltung, warum wir Liberalen sehr skeptisch einer eigentlichen Katzenschutzverordnung gegenüberstehen. Der Hauptgrund ist, dass es ein sehr tiefer Eingriff in die Privatsphäre von Katzenhalterinnen und Katzenhaltern wäre. Hier möchten wir lieber mit Information und Freiwilligkeit arbeiten, und nicht, wie die Grünen, mit Zwang.

Es ist gut, mit Katzenvereinen und Tierschutzvereinen in einem Fachausschuss zu diskutieren. Aber überall müssen wir selbstverständlich auch die Tierärzte und Veterinäre mit allem sachlichen und fachlichen Wissen mit einbeziehen. Aber in erster Linie sollten wir den Ehrenamtlichen danken und deren Erfahrungen nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir erkennen das Problem durchaus. Wir sehen, dass da große Not ist. Aber gleichzeitig - wenn ich diese Zeilen lese - muss ich sagen, geht mir das doch zu weit. Die Katzen werden eingefangen, kastriert, ärztlich versorgt, tätowiert, zurückgesetzt und eine Fütterung organisiert. Ein kompletter Eingriff, eine komplette Versorgung, Sozialwesen für Katzen. Das geht mir zu weit.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Auswucherung eine Grenze hat. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kastration in eine gute, geordnete Bahn geht, aber keine Versorgung darüber hinaus. Dann müssen wir fragen: Wie geht es mit anderen Tieren? Wir haben viele Tiere in der Stadt, die ebenso frei herumlaufen, die ebenso in Not sind. Insofern glaube ich nicht, dass wir eine spezielle Katzenschutzverordnung brauchen.

Der Vorsitzende: Ich denke, das wesentliche gute Ergebnis der heutigen Debatte ist, dass wir uns über den Weg klar sind, wie wir erfassen, ob eine solche Katzenschutzverordnung nötig ist oder nicht, und welche Elemente wir dann andiskutieren.

Ich würde mir wünschen, dass alle tierbewegten Menschen in der Stadt dann auch mit dem Ergebnis dieses gemeinsam vereinbarten Weges einverstanden sind. Denn die Diskussion in den letzten Jahren war mir dann doch ein bisschen zu emotional, manchmal dahingehend, wenn man allein die rechtlichen Hürden dargestellt hat, wie Herr Dr. Maul oder auch Herr Høyem es gemacht haben, dass man dann schon fast als Katzengegner galt. Ich finde es von daher sehr begrüßenswert, dass wir uns jetzt über den Weg klar sind.

Wir müssen diesen Weg gehen, Herr Kalmbach, denn es gibt einen Anspruch uns gegenüber, dass wir eine solche Situation für Katzen überprüfen und dann auch agieren.

Unabhängig davon, mit welchem Ergebnis man diesen gemeinsam vereinbarten Weg geht, möchte ich mich ganz herzlich beim Katzenschutzverein und allen anderen überwiegend ehrenamtlich engagierten Menschen hier bedanken. Ich habe im eigenen Umfeld erleben dürfen, wie sinnvoll diese Arbeit ist. Von daher sollten wir uns als weiteres gemeinsames Ergebnis noch einmal für dieses herausragende ehrenamtliche Engagement sehr herzlich bedanken. Ich bitte Sie, das an die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter weiterzugeben.

(Beifall)

Damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen. Es ist jetzt eine Pause vorgesehen. Wir treffen uns dann um 20 vor 7 hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:15 - 18:45 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
25. August 2014